

Anfrage

der LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU), LAbg. Mag. Katharina Fuchs und
LAbg. Fabienne Lackner



Frau Landesrätin Martina Rüscher MBA MSc
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 19.03.26

Anfrage gem. § 54 der GO des Vorarlberger Landtages: Ist die Heimpflege am Limit – und wie wird das Land den steigenden Bedarf bewältigen?

Sehr geehrte Frau Landesrätin,

unlängst präsentierte das Land Vorarlberg aktuelle Zahlen zur Betreuungs- und Pflegesituation älterer Menschen – und diese zeichnen ein klares, zugleich aber widersprüchliches Bild der künftigen Entwicklung.¹ Seit 2010 werden jährlich im Schnitt rund 735 Personen in einem Pflegeheim aufgenommen. 2024 waren insgesamt 2.814 Menschen in stationärer Pflege. Beim Eintritt liegt das mediane Alter bei Männern bei 81 Jahren, bei Frauen bei knapp 85 Jahren. Was diese Zahlen besonders deutlich machen: Nicht nur sind Pflegeheime Einrichtungen der letzten Lebensphase, es handelt sich um eine Lebensphase mit hoher Pflegeintensität. Rund die Hälfte der Bewohner:innen bleibt nicht länger als ein Jahr und 40 % der Bewohner:innen versterben in Pflegestufe 6, jeweils rund 25 % in Stufe 5 bzw. 7.

Zugleich baut sich im Hintergrund eine demografische Welle auf. Während die derzeit größte Bevölkerungsgruppe – die 50- bis 60-Jährigen – in den kommenden Jahren sukzessive in das pflegerrelevante Alter vorrücken, wird sich die Zahl der 95- bis 100-Jährigen nahezu verdoppeln.² Immer mehr Menschen werden also künftig institutionelle Pflege und komplexe Betreuung benötigen. Die Prognosen sind entsprechend eindeutig: Bis 2035 wird ein Anstieg der betreuten Personen in Pflegeheimen um rund 28 Prozent erwartet und das Land rechnet mit einem zusätzlichen Bedarf von rund 570 Pflegekräften allein in der Langzeitpflege. Rechnet man Pensionierungen, Berufswechsel und hohe Teilzeitquoten hinzu, liegt der tatsächliche Bedarf vermutlich darüber.³

Dabei kommt diese Entwicklung nicht überraschend. Bereits die Pflegepersonalbedarfsprognose der Gesundheit Österreich GmbH aus dem Jahr 2017 warnte vor einem steigenden Bedarf – rund 400 zusätzliche Pflegefachkräfte bis 2028 wurden damals prognostiziert. Besonders im Bereich der diplomierten Pflegekräfte in den Pflegeheimen wurde schon damals auf Engpässe hingewiesen. Die aktuelle Situation zeigt, dass diese Warnungen nicht nur eingetreten sind, sondern sich weiter verschärfen.⁴ Eine der Gegenmaßnahme sei nun die Neuausrichtung des Skill-Grade-Mixes. Künftig

¹ <https://vorarlberg.at/-/betreuung-und-pflege-im-alter>

² <https://presse.vorarlberg.at/land/servlet/Article?action=downloadAttachment&id=68911&attId=58317>

³ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3343737/>

⁴ https://jasmin.goeg.at/id/eprint/305/1/Pflegepersonalbedarfsprognose_Vorarlberg.pdf

soll ein Verhältnis von etwa 25 Prozent diplomierten Pflegefachkräften zu 75 Prozent Pflege- und Betreuungspersonal gelten. Ergänzend sollen verstärkt Sozialarbeiter:innen, Sozialpädagog:innen und Psycholog:innen eingebunden werden, während Assistenzkräfte administrative Aufgaben übernehmen sollen.⁵

Auf dem Papier wirkt dieses Modell schlüssig. In der Praxis zeigt sich allerdings ein anderes Bild: Wiederholt wird von langen Wartezeiten auf einen Heimplatz und wegen Personalmangel nicht belegbaren Pflegebetten berichtet. Hier setze man auf einen Ausbau der Tagesbetreuung.⁶ Angesichts der steigenden Zahl hochbetagter und intensiv pflegebedürftiger Menschen stellt sich jedoch die Frage, ob diese Angebote eine Entlastung für die Pflegekräfte in der stationären Langzeitpflege darstellen – oder lediglich eine Verschiebung des Problems bewirken.

Hinzu kommt eine Entwicklung, die weniger sichtbar, aber umso folgenreicher sein könnte. Scheinbar kommt es zu einer zunehmenden Verschärfung der Bundespflegegeld-Einstufung. Seit 2022 steige die Zahl der Rückstufungen. Das entlastet zwar das Bundesbudget, führt aber vermutlich zu Leistungskürzungen auf Landesebene und erhöht so den Druck auf das institutionelle Pflegepersonal.⁷ Die entscheidende Frage ist daher, wie tragfähig die gesundheitspolitische Strategie des Landes auf lange Sicht ist.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgende

ANFRAGE

1. Wie viele zusätzliche Sozialarbeiter:innen, Sozialpädagog:innen, Psycholog:innen sowie Assistenzkräfte im administrativen Bereich sind bis 2030 eingeplant, und welche finanziellen Mittel sind dafür jeweils budgetiert?
2. Wie wird sichergestellt, dass diese Fachkräfte nicht aus anderen Bereichen des Sozial- und Gesundheitswesens abgezogen werden und dort personelle Lücken entstehen?
3. Welche konkreten Maßnahmen setzt die Landesregierung zur Deckung des prognostizierten Personalbedarfs?
4. Wie viele Ausbildungsplätze stehen derzeit in den Pflegeberufen in Vorarlberg zur Verfügung (bitte aufgeschlüsselt nach Anbietern, Ausbildungsform und Qualifikationsniveau)?
5. Wie haben sich diese Ausbildungszahlen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
6. Welche finanziellen Mittel stellt das Land für die Pflegeausbildung sowie für Maßnahmen zur Personalgewinnung bereit?
7. Welche konkreten Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Anpassung des Skill-Grade-Mix im Hinblick auf die Versorgungsqualität?
8. Inwieweit kann durch den reduzierten Anteil diplomierter Pflegekräfte eine gleichbleibend hohe Pflegequalität sichergestellt werden?
9. Welche Qualitätsindikatoren werden herangezogen, um die Auswirkungen dieser Umstellung zu evaluieren?
10. Wie hat sich die Zahl der verfügbaren Pflegeheimplätze in Vorarlberg in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
11. Wie viele Pflegeheimbetten waren in den vergangenen fünf Jahren jeweils nicht belegt (bitte jährlich ausweisen)?
12. Wie viele dieser nicht belegten Betten waren jeweils auf Personalmangel zurückzuführen?
13. Wie viele Personen standen in den vergangenen fünf Jahren jeweils auf Wartelisten für einen Pflegeheimplatz? (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und Gemeinde/Region)

⁵ <https://presse.vorarlberg.at/land/servlet/Article?action=downloadAttachment&id=68911&attId=58317>

⁶ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3339247/>

⁷ <https://www.derstandard.at/story/3000000308541/pflegegeld-etwas-mehr-r252ckstufungen-l228ngste-verfahrensdauer-in-wien>

14. Welche durchschnittlichen Wartezeiten bestehen derzeit für einen Pflegeheimplatz?
15. Welche konkrete Strategie verfolgt die Landesregierung zur langfristigen Sicherstellung der Pflegeversorgung bis 2035?
16. Welche Rolle soll die Tagesbetreuung künftig im Gesamtsystem der Pflege einnehmen?
17. Wie wird sichergestellt, dass der Ausbau der ambulanten Pflege (Hauskrankenpflegevereine, Mobile Hilfsdienste) nicht primär als Ersatz für fehlende stationäre Kapazitäten genutzt wird, sondern dass notwendige Pflegeheimplätze bedarfsgerecht geschaffen und beide Versorgungsformen systematisch aufeinander abgestimmt werden?
18. Sind der Landesregierung Rückstufungen bei der Pflegestufen-Zuordnung durch das Sozialministerium in Vorarlberg bekannt?
19. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um allfällige negative Auswirkungen solcher Rückstufungen für die Betroffenen abzufedern?

Für die fristgerechte Beantwortung dieser Anfrage bedanken wir uns im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Mag. Katharina Fuchs

LAbg. Fabienne Lackner